den Hinweis, daß dabei nicht der gegenwärtige, auf tönernen Füßen stehende Interessenverein damit gemeint sei, sondern ein hoffentlich in der Zukunft entstehender, dem Frieden wirklich dienender Staatenbund. Wenn also der Ministerpräsident des uns befreundeten Landes sich mit Bewußtsein aus dem Spiel der Mächte gehalten hat, so findet er damit die Billigung aller derjenigen, die der Ansicht sind, daß ein Staatenbund nur dann Zweck hat und Bestand haben kann, wenn er den Interessen aller daran beteiligten Partner dient. Bulgarien steht außerhalb des Balkanpaktes, gewissermaßen als Gegenspieler der übrigen Balkan-Mächte. Es wird daher besonders interessant sein, den Verfechter dieser Abseitsstellung in unserer Reichshauptstadt zu sehen.

750 Nationalsozialisten in den österreichischen Konzentrationslagern.

Wien. Die österreichische Regierung hat unter dem Druck der eingehenden Berichte der gesamten Auslandspresse zum erstenmal eine amtliche Mitteilung über die Zustände in den österreichischen Konzentrationslagern gemacht. Auf einem Empfang der Auslandspresse teilte der Staatssekretär für das Sicherheitswesen, Karwinsky, mit, daß sich in den österreichischen Konzentrationslagern gegenwärtig insgesamt 750 Nationalsozialisten und 114 Sozialdemokraten befänden. Die Gerüchte über Tote, schwere Zusammenstöße mit den Wachmannschaften und über Prügeleien entsprächen nicht den Tatsachen. Die Nationalsozialisten befänden sich in den Konzentrationslagern in festen Bauten, und zwar zu vier bis fünf Mann in einem Zimmer. Die Verpflegung stände unter ständiger ärztlicher Kontrolle. In jedem Lager sei ein Lagerarzt. In der letzten Zeit seien in den Konzentrationslagern 42 Ruhrerkrankungen, jedoch nur leichtere Fälle, vorgekommen. Sämtliche Erkrankte seien in ein Hospital gebracht worden. Achtzehn Erkrankte seien bereits entlassen, eine größere Anzahl von Entlassungen stehe bevor. Die Regierung habe der geänderten Haltung der nationalsozialistischen Parteigänger Rechnung getragen und in den letzten vier Wochen 200 Nationalsozialisten entlassen.

Politische Hochspannung in Rumänien.

Das Urteil gegen die „Eiserne Garde" eine vernichtende Niederlage der Regierung.

Das Urteil im Prozeß gegen die Mörder des rumänischen Ministerpräsidenten Duca bedeutet eine schwere Niederlage der liberalen Regierung. Drei Studenten, Mitglieder der „Eisernen Garde", die den Anschlag ausführten, wurden zwar vom Kriegsgericht zu lebenslänglicher Zwangsarbeit verurteilt, der Führer der „Eisernen Garde" aber, Codreanu, den man zum intellektuellen Urheber stempeln wollte, ist freigesprochen worden.

Das Kabinett ist sofort nach dem Urteil zu einer Geheimen Sitzung zusammengetreten. Die Stimmung gegen die Regierung ist im Wachsen. Codreanu aber und seine

„Eiserne Garde" hat ungeahnten Zulauf.

Die Lage ist für die Regierung insofern peinlich, als das Urteil gerade an dem Tage gefällt wurde, an dem die Kammer einen Gesetzentwurf behandelte, der „Maßnahmen zum Schutze des Staates gegen umstürzlerische Tätigkeit" vorsieht. In diesem Zusammenhang findet auch eine Unterredung des Außenministers Titulescu mit dem französischen Gesandten Beachtung, der die Auflösung der „Eisernen Garde" forderte. Die Entwicklung wird nach dem Urteil in Paris wenig Freude hervorrufen.

Die Verteidigungsrede Codreanus vor Gericht hat eine ungeheure Wirkung gehabt. Er sprach von dem verzweifelten Kampf der in die Heimat zurückgekehrten Frontgeneration, von dem vergeblichen Ringen um Brot und Raum und Arbeit und von der Erbitterung, die die Frontsoldaten ergriff, als sie sahen, daß die Reichtümer des Landes in fremde Hand übergegangen waren. „Der Prozeß", so rief er aus, „der hier verhandelt wird, ist nicht ein Prozeß der ‚Eisernen Garde', es ist der Prozeß unserer Generation, ist

die Tragödie einer Jugend, die Hungers zu sterben droht!"

Dann widerlegte Codreanu der Reihe nach all das, was die Anklageschrift der „Eisernen Garde" vorwarf. Er wandte sich gegen die Lüge, daß er von Hitler oder von Mussolini oder gar von Moskau Geld bekommen habe: „Ich erkläre, daß ich Adolf Hitler nicht kenne, und daß wir weder materiell noch ideell von ihm unterstützt worden sind. Wir sind keine ‚Hitleristen', sondern rumänische Nationalisten!"

Die Tschechei räumt auf.

Bereits über 200 Kommunisten verhaftet.

Prag. In der bekannten Spionageaffäre kommunistischer Irredentisten sind bereits 200 Verhaftungen vorgenommen worden. Es verlautet, daß es hierbei nicht bleiben wird, da die Gendarmerie aus allen Teilen der Republik täglich neue Verhaftete nach Prag bringt. Die eigentlichen Inspiratoren dieser umstürzlerischen Aktion sind aber noch nicht gefaßt, doch konnte man wenigstens die Haupträdelsführer, den kommunistischen Agenten Hampl und den polnischen Juden Beiß, verhaften. Es heißt, daß die von Berlin weggesiedelte bolschewistische Spionagezentrale in drei Gruppen geteilt wurde, von denen eine nun ihren Aufenthalt in der Tschechoslowakischen Republik habe.

Deutsche Sportler dürfen nicht nach Memel

Die Einigkeit der deutschen Sportler im Memelgebiet und ihr Festhalten am Deutschtum ist der litauischen Regierung ein Dorn im Auge, und sie läßt es deshalb an Schikanen und allerhand Bedrückungen nicht fehlen. Nachdem vor kurzem erst der Fußballmannschaft von Rasensport-Preußen (Königsberg) die Einreiseerlaubnis verweigert worden war, ist jetzt auch den sechs Boxern von Germania-Insterburg, die in Memel gegen den „Verein für Schwerathletik Memel" kämpfen wollten, die Einreiseerlaubnis vorenthalten worden.

Man kann jetzt nicht mehr annehmen, daß es sich um Einzelfälle handelt, sondern daß ganz allgemein der Besuch deutscher Sportler im Memelgebiet unterbunden werden soll, um die Stärkung, die er dem Memeler Sport und dem dortigen Deutschtum bringt, zu unterbinden. Die memelländischen Sportvereine werden demgegenüber noch mehr als bisher zusammenstehen und alle persönlichen Interessen beiseitelassen gegenüber der Erhaltung der dem Memelgebiet vom Völkerbund garantierten Autonomie.

Keine amerikanischen Kredite für Rußland.

Washington. Die Verhandlungen mit der russischen Botschaft über die Regelung der russischen Schulden sind, wie verlautet, von russischer Seite so sehr verschleppt worden, daß die amerikanische Regierung entgegen ihren früheren Plänen entschieden habe, Rußland dürfe keinerlei Kredite erhalten, bevor es nicht endgültige Vorschläge zur Regelung seiner Schulden gemacht habe. Rußland hatte zwar die Zahlung einer Pauschalsumme vorgeschlagen, um über die Schwierigkeit der Anerkennung der zaristischen Schulden hinwegzukommen, hat aber bisher noch keinerlei endgültige Angebote über die Höhe der Schulden unterbreitet.

New York. Überall in der amerikanischen Industrie flackern neue Kämpfe zwischen den Unternehmern und den amerikanischen Gewerkschaften auf, die von Kommunisten aufgehetzt werden. In verschiedenen Autofabriken, Minenbezirken, in der Stahlindustrie und Strumpffabriken sind Teilstreiks ausgebrochen. Im westvirginischen Kohlengebiet nehmen Streikunruhen einen gefährlichen Charakter an. Staatstruppen gingen gegen die Aufrührer, die auf 20 000 geschätzt wurden, mit Tränengasbomben vor.

*

Kopenhagen. Streikabsichten der Seeleute wegen der niedrigen Dänenkrone. Die Gewerkschaften der dänischen Seeleute haben beschlossen, am 12. April in den Streik zu treten; sie erklären, wegen des niedrigen Standes der Dänenkrone könnten sie sich für ihren Lohn im Ausland fast gar nichts kaufen. Ihre Forderungen auf Lohnerhöhung wurden abgelehnt, und man rechnet daher mit der Stillegung des gesamten dänischen Schiffsverkehrs in der nächsten Woche.

Arbeitsfront und Wirtschaftsführung

Der Stabsleiter der PO. und Führer der Deutschen Arbeitsfront, Dr. Robert Ley, hat im Einvernehmen mit dem Reichsminister Rudolf Heß den Reichspropagandaminister Dr. Goebbels, den Reichsinnenminister Dr. Frick, den Reichswirtschaftsminister Dr. Schmitt, den Reichsarbeitsminister Seldte, den Reichsernährungsminister Darré und den Reichsverkehrsminister Freiherrn Eltz von Rübenach, Arbeitsfront und Wirtschaftsführung, zu einer Arbeitstagung eingeladen, die am 10. April in Berlin im Großen Sitzungssaal der Arbeitsbank stattfinden wird. Der Zweck dieser Arbeitstagung ist die Schaffung der Grundlagen für die gemeinsame Arbeit aller für die Sachen- und Menschenführung in Wirtschaft und Arbeitsfront verantwortlichen Gruppen und Persönlichkeiten.

Für die Tagung sind Einladungen ergangen an die Führer der Wirtschaft, die Hauptwirtschaftsgruppenführer, die Treuhänder der Arbeit, die Bezirksbeauftragten für wirtschaftliche Fragen, die Amtsleiter der DAF., die Reichsbetriebsgruppenleiter, den Amtsleiter der NSBO., den Amtsleiter der NS.-Hago, die Bezirksleiter der DAF., den Amtsleiter für Ständischen Aufbau, die Bezirksbeauftragten für Ständischen Aufbau, den Amtsleiter für Beamtenfragen, den Amtsleiter für Kriegsopferversorgung und an den Amtsleiter des Ärztebundes.

*

Staatsakt am 1. Mai wieder auf dem Tempelhofer Feld.

Der Staatsakt zum „Feiertag der nationalen Arbeit" am 1. Mai 1934 findet in diesem Jahr wieder auf dem Tempelhofer Feld in Berlin statt. Die Berliner schaffenden Volksgenossen der Stirn und der Faust werden in 13 großen Marschkolonnen zum Tempelhofer Feld marschieren.

Jeder Betriebsführer bis zum 1. Mai Mitglied der Arbeitsfront!

Aufruf des Propagandaamts der NSBO. und Deutschen Arbeitsfront.

Der Leiter des Presse- und Propagandaamts der NSBO. und Deutschen Arbeitsfront, Pg. Biallas, wendet sich an alle Presse- und Propagandawarte der NSBO. und DAF. mit einem Aufruf, in dem es u. a. heißt:

„Der größte Teil des schaffenden deutschen Volkes ist heute bereits in der Deutschen Arbeitsfront organisiert. Das Fundament der Arbeitsfront ist die Betriebsgemeinschaft aus Arbeitern, Angestellten und Unternehmern. Um diese Grundlage zu schaffen, ist es nötig, daß jeder deutsche Unternehmer seinen Beitritt zur Deutschen Arbeitsfront erklärt. Kein deutscher Unternehmer darf mehr zögern, dem Beispiel seiner Arbeiter und Angestellten zu folgen. Es geht um die Verwirklichung der Volksgemeinschaft!

Die Aufnahmesperre zur Arbeitsfront ist bis zum 1. Mai aufgehoben, um so jedem Volksgenossen die Möglichkeit zu geben, sich in die Deutsche Arbeitsfront einzureihen. Parteigenossen! NSBO.-Kameraden! Die Parole lautet: Jeder Betriebsführer bis zum 1. Mai Mitglied der Arbeitsfront!"

Sachverständigenbeiräte aus Handel und Handwerk.

Der Führer der Deutschen Arbeitsfront, Staatsrat Dr. Ley, hat mit den Arbeiten zur Aufstellung der Vorschlagslisten für die Sachverständigen aus Handel und Handwerk den Führer der Reichsbetriebsgruppen Handel und Handwerk in der Deutschen Arbeitsfront, Dr. von Renteln beauftragt. Dr. von Renteln hat für jeden Treuhänderbezirk bereits Beauftragte zur Durchführung dieser Arbeit bestimmt. Er hat für die 13 Bezirke der Treuhänder der Arbeit folgende Beauftragte ernannt: Bayern: Pg. Roos-München; Berlin-Brandenburg: Pg. Dr. Hunke-Berlin; Hessen: Pg. W. G. Schmidt-Frankfurt a. M.; Mitteldeutschland: Pg. Katzmann-Weimar; Niedersachsen-Bremen: Pg. Jens Müller-Oldenburg/O.; Nordmark: Parteigenosse Zimmermann-Schwerin/Mecklbg.; Ostpreußen: Pg. W. Magunia-Königsberg i. Pr.; Pommern: Pg. Robert Schulz-Stettin; Rheinland: Pg. Doktor Schmidt-Köln; Sachsen: Pg. Köhler-Dresden/A.; Südwestdeutschland: Pg. van Raay-Karlsruhe in Baden; Schlesien: Pg. Max Streit-Breslau; Westfalen: Pg. C. Franke-Münster/Westfalen.

Der Sitz der 13 Arbeits-Ehrengerichte.

Auf Grund der Dritten Verordnung zur Durchführung des Gesetzes zur Ordnung der nationalen Arbeit sind als Sitze der Ehrengerichte die Orte bestimmt, an denen die 13 Treuhänder der Arbeit ihren Hauptsitz haben. Das sind Königsberg (Preußen), Stettin, Berlin, Hamburg, Bremen, Köln, Essen, Weimar, Dresden, Frankfurt am Main, Karlsruhe, München und Breslau.

Der Wert guter fachlicher Ausbildung.

Aufruf an die Wirtschaft: Unterstützt den Reichsberufswettkampf der Jugend!

Der Reichswirtschaftsminister und der Reichsarbeitsminister erlassen anläßlich des bevorstehenden Berufswettkampfes nachfolgenden Aufruf an die deutsche Wirtschaft:

Der von der Deutschen Arbeitsfront und der Reichsjugendführung in der Zeit vom 9. bis 15. April 1934 veranstaltete Reichsberufswettkampf der deutschen Jugend verdient mit allen Kräften unterstützt zu werden. Von der beruflichen Ertüchtigung des Nachwuchses hängt im wesentlichen der Erfolg unseres Kampfes um den Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft ab. Gerade durch diesen Berufswettkampf wird die deutsche Jugend mit besonderem Nachdruck auf die Bedeutung guter fachlicher Ausbildung hingewiesen.

Deshalb erscheint es nicht unbillig, wenn auch die deutsche Wirtschaft zu ihrem Teil an der erfolgreichen Durchführung des Reichsberufswettkampfes mithilft. Es wird erwartet, daß den Teilnehmern des Berufswettkampfes die hierzu notwendige Freizeit gewährt wird. Soweit dadurch Lohnausfälle eintreten sollten, ist Gelegenheit zu bieten, daß die ausgefallene Arbeitsleistung zu einer anderen Zeit nachgeholt werden kann.

Zum Impfgesetz.

Der Reichsinnenminister an die Landesregierungen.

Da die geplante Revision des Reichsimpfgesetzes vom 8. April 1874 bis zu Beginn der nächsten Impfperiode noch nicht abgeschlossen werden kann, hat der Reichsminister des Innern die Landesregierungen ersucht, den neuen Gesichtspunkten in der Impffrage, über die eine im wesentlichen übereinstimmende Auffassung besteht, schon jetzt Geltung zu verschaffen.

Es handelt sich vor allem um die in jedem Falle vor der Impfung mit besonderer Sorgfalt zu treffende Feststellung, ob der Impfpflichtige geimpft werden kann, ohne daß er selbst oder Personen seiner Umgebung durch die Impfung gefährdet werden. Mit der endgültigen Entscheidung über die Frage einer wiederholten oder länger dauernden Zurückstellung von der Impfung ist der öffentliche Impfarzt beauftragt. Die Zahl und die Länge der Impfschnitte ist bis auf weiteres verringert worden. Die Eltern, Pflegeeltern oder Vormünder der geimpften Kinder können, falls sie nach dem Nachschautermin besondere Erscheinungen bei den Impflingen wahrnehmen, jederzeit den Impfarzt aufsuchen, um sich von ihm unentgeltlich beraten zu lassen. Die Aufklärung der Bevölkerung über die hohe volksgesundheitliche Bedeutung der Impfung ist auch fernerhin eine wichtige Aufgabe der Ärzteschaft und im besonderen der Impfärzte.

Die neue Bundestracht des NSDFB (Stahlhelm).

Feldgrauer Rock, braunes Hemd mit grünem Schlips.

Nach einer Verfügung der Bundesführung des NSDFB. (Stahlhelm) wird die Bundestracht für alle Bundesmitglieder, soweit sie nicht der SA. oder SA.-Reserve angehören, folgende sein:

Feldgraue Mütze mit Hoheitsabzeichen und schwarz-weiß-roter Kokarde. Feldgrauer Rock mit zwei Brust-, zwei Seitentaschen und Hakenkreuzbinde, Koppel. Braunes Hemd mit grünem Schlips. Feldgraue Stiefelhose. Gamaschen (Leder- oder Wickelgamaschen) mit Schnürstiefeln oder hohe Stiefel.

Alle Abzeichen, mit Ausnahme der oben angegebenen (Hoheitsabzeichen an der Mütze und Hakenkreuzarmbinde) sind zu entfernen, insbesondere die silberne Mützenschnur, sowie Spiegel usw., da sie Verwechslungen mit der Reichswehr oder SA. und SA.-Reserve herbeiführen könnten.

Über die Abzeichen des Frontkämpferbundes, das an die Stelle des bisherigen Stahlhelmabzeichens tritt, ergehen noch besondere Bestimmungen. Mit Ausnahme des Titels „Bundesführer" gibt es im NSDFB (Stahlhelm) keinerlei Titel. Sämtliche Unterführer sind nur Inhaber der betreffenden Dienststelle, und ihre dienstliche Anrede lautet „Kamerad".

Der Führer stiftet dem Panzerschiff „Deutschland" sein Bild.

Reichskanzler Adolf Hitler hat dem Offizierkorps des Panzerschiffes „Deutschland" sein Lichtbild mit eigenhändiger Unterschrift gestiftet. Das Bild wird einen besonderen Ehrenplatz in der Offiziermesse des Schiffes finden.